

„Wehren, verstecken, weglophen“

Bürger-Opinion gegen Bau von Atomkraftwerken und Industrialisierung der Unterelbe

Dem Industrie-Ausbau an der Unterelbe droht ein Wyl: Während Wissenschaftler den Umwelt-Ruin prophezeien, kündigen Bürger dem Kernkraftwerk-Projekt Brokdorf

Besetzung an. Doch die Kraftwerkplaner berufen sich auf die „schweigende Mehrheit“: Für Atomstrom an der Elbe wirbt ein Arbeitskreis mit Adresse in Frankfurt.

Dor wer einmal an en kloren Strom ene gesunde, fette Marsch“, mittenmang das holsteinische Brokdorf, „tofreden achter de hogen Diken“, textete die „Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe“ auf Flugblättern frei nach Grimms „Märken vun den Fischer un siner Fru“. Da verschafft ein Wunder-Hering bettelnden Brokdorfern („Matjes, Matjes, Timpe Te“) zunächst ein Kernkraftwerk, dann Industriebetriebe und schließlich giftige Smogwolken: „As de Minschen dat seggen, wulln se sik wehren, verstecken, weglophen, awer da wer dat to lat.“

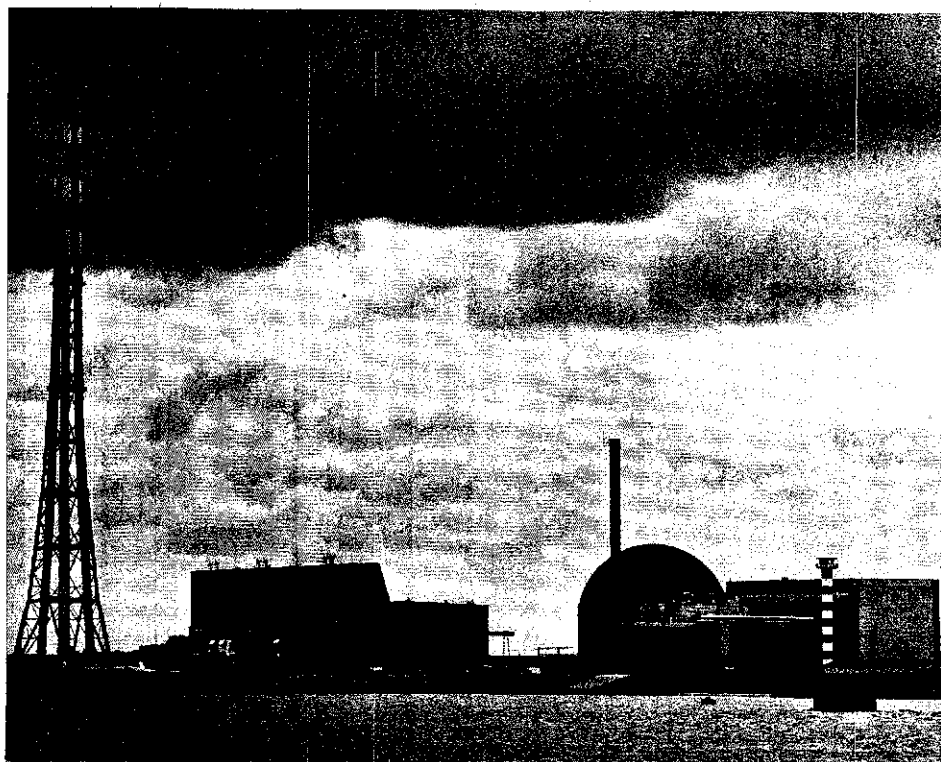
„Laßt Euch keine Angst einjagen!“ heißt es hingegen auf Handzetteln eines „Bundesarbeitskreises ‚Vernunft nach vorn‘“, der die Marschenbewohner an der Unterelbe über den Nutzen der Nukleartechnik „informieren“ will. Diese „Bürgerinitiative“ — die erste in Westdeutschland, die sich für den Bau von Atomkraftwerken verwendet — warnt: „Panikmache gehört zum teuflischen Rezept der Extremisten“, die „jede Gelegenheit“ nutzen, „um ihre zerstörerischen Ziele zu erreichen“.

Solche Mixtur aus „Märken“ und Meinungsmache begleitet das Vorhaben der Kieler Landesregierung und der Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK), gemeinsam mit den Hamburgischen Electricitäts-Werken (HEW) in Brokdorf ein Kernkraftwerk zu errichten. Der Atommeiler soll Anfang der achtziger Jahre über 1300 Megawatt und damit mehr Strom liefern als die bislang größte westdeutsche Anlage in Biblis.

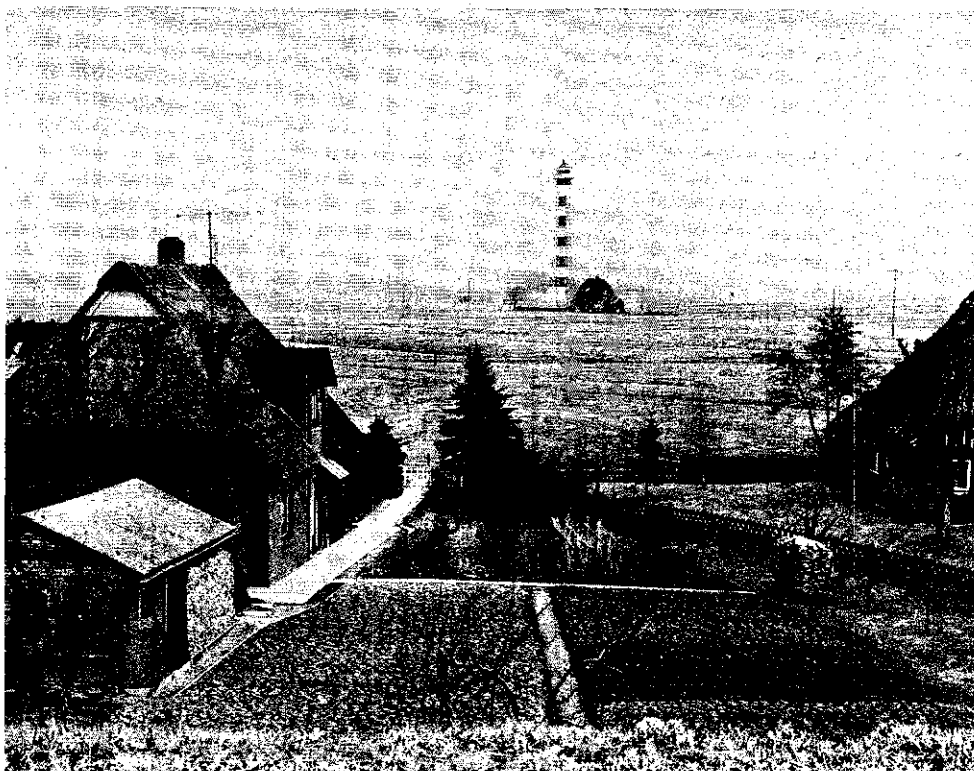
Mit dem Streit um den Strom wird eine heftige Auseinandersetzung um einen radikalen Wandel an der Waterkant fortgesetzt, der Bauern und Bürger beiderseits der Elbe um ihren betulichen Alltag bringt. Jüngst erst schlug auch der Deutsche Rat für Landespflge Alarm um das geplante Ruhrgebiet des Nordens; das Gremium — Schirmherr: Bundespräsident Scheel — verhiess den Umweltruin als Folge unkoordinierten Elbufer-Ausbaus.

Tatsächlich ist die noch überwiegend intakte ländliche Region von Hamburg elbabwärts bis ins Nordseewatt hinter Cuxhaven verplant zu einem riesigen Industrieviertel (SPIEGEL 44/1974).

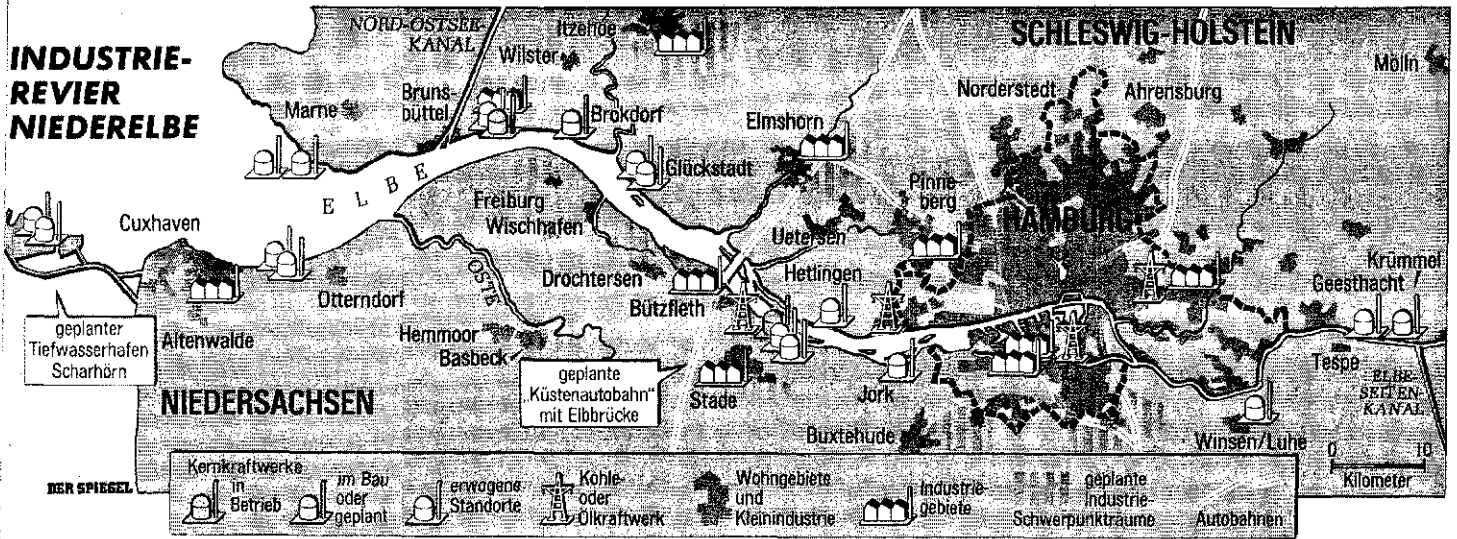
Art und Ausmaß der Veränderung an der 100 Kilometer langen Wasserstraße erhellte erneut das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren für den geplanten Druckwasserreaktor, in dem



Kernkraftwerk Stade: Schweigende Mehrheit für Atomstrom?



Geplanter Standort Brokdorf: An der Elbe Platz für 40 Meiler?



Straßentheater gegen Atomstrom*: „Sein oder Nichtsein“

rund 6000 Bürger Einwendungen erhoben hatten. Überdies verdeutlichte die nichtöffentliche Erörterung der Einsprüche — vom 8. bis 17. März im Gasthaus „Colosseum“ zu Wilster — einmal mehr die Chancenungleichheit, mit der Antragsteller und Antragsgegner bei solchen Gelegenheiten aufeinander treffen.

Die Bürgerbewegung richtet sich gegen die Gefahren der Atomanlage und die damit verbundene weitere Belastung der Elbe. Denn der Reaktor wird einmal allein für seine Kühlung 63 Kubikmeter Elbwasser pro Sekunde benötigen — das sind über fünf Millionen Tonnen pro Tag — und die gleiche Menge, mit radioaktiven Partikeln versetzt und um zehn Grad aufgeheizt, wieder in den Fluß geben. Die dabei ins Abwasser abgeleitete Energiemenge ist doppelt so groß wie die nutzbare Elek-

trizität und entspricht rund 2,6 Millionen Kilowatt: etwa soviel Strom, wie für den Spitzenverbrauch Schleswig-Holsteins nötig.

Wärme und Strahlungstoffe gelangen in einen Flußlauf, der schon andernorts kräftig als Kühlmittel und Abwasserkanal mißbraucht wird und von dem selbst Wissenschaftler bis heute nicht sagen können, was ihm an Schadstoff- und Wärmeeinheiten noch zuzumuten ist. Bereits aus der DDR transportiert die Elbe eine riesige Schmutzlast in den Westen. Bei Hamburg lagern im Elbsediment mehr hochgiftige Schwermetalle als im Rhein; zusätzlich gefährdet die Hansestadt durch Haushalts-, Industrie- und Hafenaabwässer die Lebensfähigkeit des Stroms.

Weiter elbabwärts, bei Stade, wurden auf gut sechs Kilometer Länge Umweltbelastung gleich bandförmig angesiedelt: Öl- und Kernkraftwerk, Che-

mie- und Aluminiumkombinate. Weitere Industriebesiedlung ist bei Drochtersen und Cuxhaven vorgesehen. Auf der anderen Elbeseite, bei Glückstadt, werden Ländereien für Großinvestoren aufbereitet, und bei Brunsbüttel, unweit von Brokdorf, errichten die Bayer-Werke eine riesige Chemieproduktionsstätte, plant der vom Bund kontrollierte Veba-Konzern unter anderem zwei Großraffinerien, erweitert die Kalichemie. Und weiteres Land liegt für Neusiedler bereit.

Neben diesen gigantischen Produktionsstätten sollen gewaltige Verkehrsbauten das platte Land erschließen, werden neue Hafenanlagen gebaut oder geplant wie das utopisch anmutende Projekt Neuwerk/Scharhörn im Nordseewatt vor Cuxhaven. Und: An der Elbe zeichnet sich eine in Europa beispiellose Konzentration von Kernkraftwerken ab.

Das in Stade (630 Megawatt) ist schon in Betrieb, dieses Jahr noch wird der Reaktor in Brunsbüttel (770 Megawatt) angefahren, und das Kernkraftwerk Krümmel (1260 Megawatt) östlich von Hamburg steht im Rohbau. Neben Brokdorf sind weitere Bauvorhaben für Atommeiler in der Planung oder im Gespräch: vier an der Oberelbe (Langendorf, Landsatz, Alt Garge, LaBrönne); acht an der Niederelbe (Jork/Lühe, Hetlingen in der Haseldorfer Marsch, Stade, Glückstadt, Brunsbüttel, Marne, Cuxhaven, Neuwerk), zumeist gleich für mehrere Kraftwerksblöcke.

Nicht nur das Schreckensbild vom „durchgehenden“ Atomofen, dessen tödliche Schmelze ganze Landstriche verstrahlt, oder die Vision eines im Nebel der aufgeheizten Elbe vor Brokdorf kollidierenden und explodierenden Gastankers haben bei Bewohnern der Wilster Marsch Ängste und Proteste freigesetzt. Die hinter den Deichen lebenden Marschmenschchen fürchten auch das Strahlenrisiko, das mit jeder neuen Kernanlage und mit jedem

* Spielgruppe der Bürgerinitiative in Krempe.

Transport radioaktiven Materials steigt.

Die besorgten Landleute schlossen sich in einer „Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe“ (BUU) zusammen und gewannen den Beistand lokaler Bürgermeister wie Wissenschaftler der Universitäten Hamburg und Bremen. Umweltschützer inszenierten in den Marschen-Gemeinden ein selbstverfaßtes Kraftwerk-Stück „Sein oder Nichtsein“ und verkünden schon, sie würden das Kraftwerksgelände „besetzen, sobald mit dem Bau begonnen wird“ — wie vor einem Jahr in Wyhl am Kaiserstuhl, wo Bürger — trotz harter Polizeieinsätze — nicht vom Bauplatz für ein Atomkraftwerk wichen und einen Baustopp erreichten.

Verbittert hat die Kraftwerksgegner zusätzlich noch das Genehmigungsver-

wärtigen und durch die Neusiedler noch zu erwartenden Verschmutzung und Erwärmung des Flußwassers aufzeigen soll, wird erst im nachhinein erstellt.

Die Einwander wurden auch bei der Wahrnehmung ihrer Interessen direkt behindert. So legte die Landesregierung zwar die Gutachten öffentlich aus, untersagte jedoch das Kopieren der umfangreichen Werke — hinderlich für jedes gründliche Studium. Das Landesverwaltungsgesetz für Schleswig-Holstein aber, nach dem solche Verfahren abzuwickeln sind, fordert, daß schriftliche Gutachten den Beteiligten „zugeleitet werden“ sollen.

Und auch während der Erörterung fanden die Einwander nicht, wie von der Landesregierung versprochen,

glaubt die BUU, das Verfahren gerichtlich anzufechten.

Unerwartete Schützenhilfe erhielten die Einwander von einem gleichfalls Betroffenen: Die Bayer-Werke, die erst vor anderthalb Jahren gegen den Widerstand von Umweltschützern für ihre Anlage Brunsbüttel eine „wasserrechtliche Erlaubnis“ erstritten hatten, sorgen sich um die Wahrung ihrer „Rechte und Interessen“. Denn laufen erst einmal die Atomkraftwerke Brunsbüttel und Brokdorf auf vollen Touren, könnte das Elbwasser schon derart belastet bei Nachbar Bayer ankommen, daß die Abwässer des Chemiegiants — 75 000 Kubikmeter pro Stunde mit nichtspezifizierten Giftstoffen versetzt und um zehn Grad erwärmt — die Elbe zum Kollaps führen: Der Fluß würde „umkippen“, sein biologisches Gleichgewicht verlieren und geriete zur Kloake.

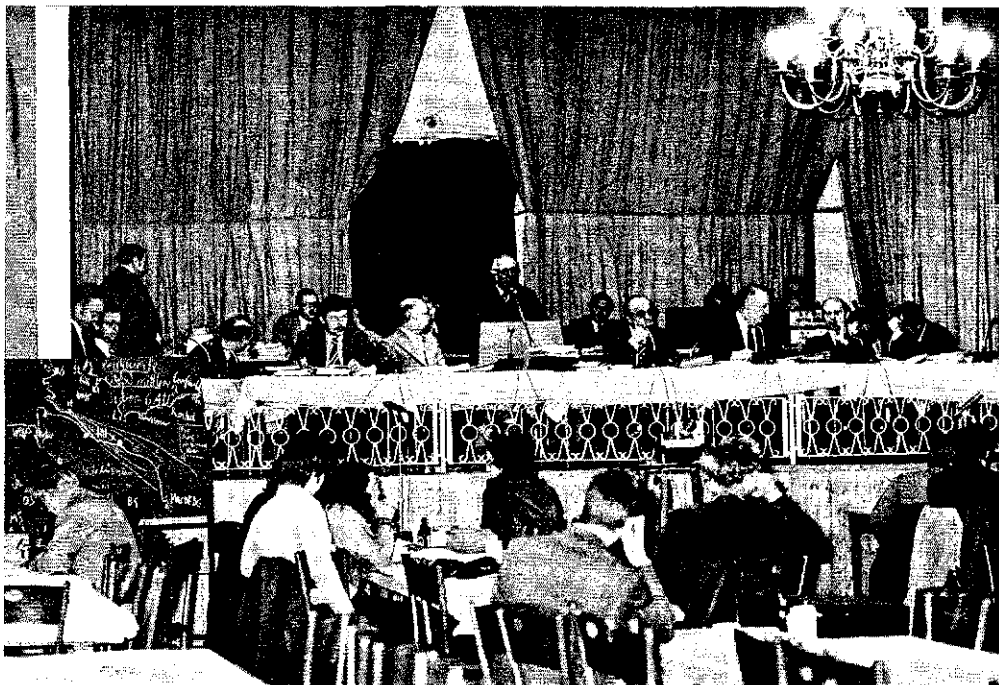
Die Kraftwerksbetreiber von Brokdorf geben sich dennoch gelassen. Mal verteilte die NWK Flugblätter („Man spielt Ihnen etwas vor, aber lassen Sie sich nichts vormachen“), mal versenkten sie Blumentöpfe mit Werbeschriften („Strom für die Waterkant“), und gelegentlich spendierten sie Marschenkindern Eis („Das gab es noch nie: Eis ohne Energie“).

In Tonbildschauhen preisen sie mehrsprachig und mit platten Sprüchen Sauberkeit und Sicherheit der Kernenergie, und in Diskussionen bekennen sich die Strommänner zu ihrer Art von Umwelt: „Die Elbe kann 40 Kernkraftwerke vertragen.“

Nach dem Erörterungstermin, der für die NWK „keine substantiellen Einwendungen“ erbracht hat, hofft das Unternehmen nun auf die erste Baugenehmigung. Zupafß kommt den Kraftwerkern auch die „Bürgerinitiative ‚Vernunft nach vorn‘“, denn es sei „grundsätzlich nur zu begrüßen“, so ein NWK-Sprecher, „daß sich nun auch einmal die schweigende Mehrheit artikuliert“.

Die ist's wohl wieder nicht. Die Flugblätter dieser Gruppe, sachkundig von Werbe-Profis gestaltet, wurden von der Hamburger Agentur Donnelley Marketing GmbH („Das war ein Bagatellauftrag für uns“) in der Wilster Marsch verteilt.

Verantwortlich zeichnet der Frankfurter Rechtsanwalt Klaus Wolter. Marschenbewohner, die schriftlich ihr Interesse an der „Bürgerinitiative“ bekundeten, blieben ohne Antwort. ◆



Erörterungstermin in Wilster*: Hundertschaften gegen Marschmenschen

fahren, das die Kieler Landesregierung nach dreijähriger Vorbereitung jetzt zum Abschluß bringen will und in dem sie Einwanderern nur geringe Chancen einräumte. Die CDU-Regierung bestellte zu amtlichen Gutachtern eine schon mehrfach berufene Gruppe von Wissenschaftlern, die sich noch stets den Auftraggebern und Ansiedlern an der Elbe gewogen zeigte.

Und wie schon in früheren Fällen vertraten die Gutachter die These: Dieses eine Mal sei eine weitere Umweltbelastung für Wasser, Land und Leute — unter gewissen Auflagen für die Industrie — gerade noch vertretbar. Andere Wissenschaftler bezweifeln schlicht die Seriosität solcher Aussagen: Ein Gesamtlastplan für die Elbe beispielsweise, der den Grad der gegen-

„Waffengleichheit“. Zunächst wurden die sachkundigen Beistände von der durch Polizeihundertschaften abgeriegelten Verhandlungsstätte ausgesperrt (ein Bremer Wissenschaftler wurde von einem Polizeihund gebissen); dann, als die Beistände reden durften, blieben die Marschenbewohner draußen vor der Tür.

Die Verhandlungsführung unter dem Leitenden Regierungsbaudirektor Horst Grüttners strich überdies willkürlich Sachbeistände von der Teilnehmerliste, ließ einzelne Einwander nachträglich in den Saal und verweigerte anderen unerbittlich den Zutritt. Gelegentlich wurde bis Mitternacht verhandelt, aber ein umfangreicher Fragenkatalog blieb dennoch unbeantwortet — einzelne Regierungsgutachter waren an den letzten Verhandlungstagen gar nicht mehr erschienen —, Gründe genug,

* Am 16. März 1976 im Gasthaus „Colosseum“.